

Positionspapier

Innovationsfähige Regulierung für neue Technologien sichern

1. Ausgangspunkt

Technologische Innovationen entwickeln sich zunehmend schneller als die sie begleitenden rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen. Dies betrifft insbesondere neuartige, hochautomatisierte und autonome Systeme, deren Einsatz bestehende Kategorien des Fachrechts überschreitet oder infrage stellt. Die daraus entstehenden Regelungslücken führen zu Unsicherheiten für Verwaltung, Wirtschaft und Forschung gleichermaßen.

Statt eines vorausschauenden, lernorientierten Regulierungsansatzes dominiert derzeit häufig eine restriktive Anwendung bestehender Vorschriften, die für andere technologische Kontexte geschaffen wurden. Wo klare rechtliche Grundlagen fehlen, wird auf Einzelfallentscheidungen zurückgegriffen, was zu erhöhtem Verwaltungsaufwand, langen Verfahrensdauern und mangelnder Planbarkeit führt.

2. Folgen für Innovationsstandort und Verwaltungspraxis

Die fehlende strukturelle Verankerung von Erprobungs- und Lernprozessen hat konkrete Auswirkungen. Innovative Vorhaben werden verzögert, skaliert oder verlagert, während Verwaltungseinheiten gezwungen sind, rechtliche Unsicherheiten fallweise zu kompensieren. Dies bindet Ressourcen, erhöht Risiken und hemmt die Entwicklung neuer Anwendungen im Inland.

Langfristig entsteht so ein Standortnachteil: Forschung, Entwicklung und Markteinführung neuer Technologien orientieren sich zunehmend an Ländern, in denen rechtliche Flexibilität und administrative Klarheit besser miteinander verzahnt sind.

3. Erforderlicher Paradigmenwechsel

Zukunftsfähige Regulierung muss die Erprobung neuer Technologien als legitimen und notwendigen Bestandteil staatlichen Handelns begreifen. Dabei darf regulatorisches Lernen nicht erst nach vollständiger rechtlicher Klärung einsetzen, sondern sollte integraler Bestandteil der Erprobungsphase sein.

Hierfür braucht es transparente, standardisierte und rechtssichere Verfahren, die es ermöglichen, zeitlich und sachlich begrenzte Abweichungen vom bestehenden Rechtsrahmen zuzulassen, ohne Sicherheits- oder Gemeinwohlinteressen zu gefährden. Ein solches Vorgehen stärkt sowohl das Vertrauen der Beteiligten als auch die Handlungsfähigkeit der Verwaltung.

4. Rolle eines systematischen Reallaboransatzes

Reallabore bieten die Möglichkeit, neue Technologien unter realen Bedingungen zu testen und dabei gleichzeitig Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Rechts zu gewinnen. Voraussetzung hierfür ist jedoch ein kohärenter gesetzlicher Rahmen, der nicht nur bestehende Ausnahmen bündelt, sondern auch den Umgang mit bislang unregulierten Sachverhalten klar regelt.

Wo einschlägige Fachgesetze keine Erprobungsklauseln vorsehen, sollte ein übergeordnetes Regelwerk verbindliche Verfahren zur Schaffung solcher Spielräume eröffnen. Dadurch wird verhindert, dass innovative Vorhaben allein aufgrund fehlender rechtlicher Anknüpfungspunkte blockiert werden.

5. Wirkungen eines klaren Ordnungsrahmens

Ein einheitlich geregelter Reallaborprozess erhöht die Rechtssicherheit für alle Beteiligten, reduziert den administrativen Aufwand und beschleunigt Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig wird regulatorisches Lernen institutionell verankert und systematisch nutzbar gemacht.

Ein solcher Ansatz stärkt die Innovationsfähigkeit des Staates selbst, erhöht die Attraktivität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts und verbessert die internationale Wettbewerbsposition. Gerade in technologieintensiven und dynamischen Zukunftsfeldern ist ein lernfähiger Rechtsrahmen ein entscheidender Standortfaktor.